

N i e d e r s c h r i f t

der 44. Sitzung des Hauptausschusses am 19.11.2003

ö f f e n t l i c h

Ort: Stadthaus, Wappensaal
Zeit: 16:05 Uhr bis 17:20 Uhr
Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend:

Herr Bernhard Bönisch	CDU	
Herr Thomas Godenrath	CDU	
Herr Frank Sänger	CDU	
Frau Dr. Ulrike Wunscher	CDU	
Frau Ute Haupt	PDS	
Frau Marion Krischok	PDS	
Herr Dr. Bodo Meerheim	PDS	
Herr Klaus Müller	PDS	
Frau Hanna Haupt	SPD	
Herr Gottfried Koehn	SPD	
Herr Johannes Krause	SPD	
Frau Prof. Dorothea Vent	HAL	anwesend ab 16.40 Uhr
Herr Prof. Dr. Dieter Schuh	UBF	
Herr Friedemann Scholze	FDP	
Herr Dieter Funke		
Herr Eberhard Doege		
Herr Dr. Hans-Jochen Marquardt		
Herr Ralf Borries		
Herr Dr. Dirk Furchert		
Frau Annemarie Kraft		

Entschuldigt:

Frau Ingrid Häußler	OB	
Herr Mathias Weiland	HAL	vertreten durch Frau Sabine Wolff
Frau Dagmar Szabados		
Frau Jane Unger		vertreten durch Frau Kerstin Ruhl-Herpertz

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Wortprotokoll:

Die 44. öffentliche Sitzung des Hauptausschusses wurde in Vertretung der erkrankten Oberbürgermeisterin und der dienstlich verhinderten Bürgermeisterin eröffnet und geleitet von Herrn Dieter **F u n k e**, Beigeordneter Zentraler Service. Er stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Abzusetzen seien die Vorlagen unter Punkt 4.1 und 4.3, da gleichlautende Voten in den Fachausschüssen erreicht wurden bzw. die Vorlage noch nicht in den Fachausschüssen behandelt wurde

Unter TOP 6 seien neben den bereits benannten Punkten zwei Informationsvorlagen – Stellenausschreibung; Haupterschließungsstraße Gewerbegebiet Halle-Ost – zu behandeln.

Herr **Funke** wies darauf hin, dass in der Oktober-Sitzung des Hauptausschusses festgelegt worden sei, dass der Geschäftsführer der Stadtmarketing GmbH die Möglichkeit erhalten solle, sich dem Hauptausschuss vorzustellen. Er schlage vor, dies nach Eintritt in die Tagesordnung nach Punkt 3 zu tun.

Der Hauptausschuss bestätigte ohne förmliche Abstimmung folgende

T a g e s o r d n u n g:

1. **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**
2. **Feststellung der Tagesordnung**
3. **Genehmigung der Niederschrift vom 22. Oktober 2003**

4. Vorlagen

- 4.1. Perspektiven der Jugendfreizeiteinrichtungen

Vorlage: III/2003/03652 **zurückgezogen**

4.2. Neue Messe Halle-Bruckdorf

Etwaige Schaffung weiterer Stellplätze im Umfeld

Vorlage: III/2003/03660

- 4.3. Haushaltskonsolidierung im Händel-Haus

Vorlage: III/2003/03457 **zurückgezogen**

5. Anfragen von Stadträten

6. Mitteilungen

6.1. Stellenausschreibung des Beigeordneten für den Geschäftsbereich Planen, Bauen und Straßenverkehr

Vorlage: III/2003/03769

6.2. Haupterschließungsstraße Gewerbegebiete Halle - Ost (HES) 2. Abschnitt Überplanmäßige Ausgaben bei der Baumaßnahme - Vorlage III/2003/03670

Vorlage: III/2003/03782

zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 22. Oktober 2003

Herr **Godenrath**, CDU-Fraktion, merkte (zu Seite 4) an, dass es bei der Abstimmung zur Aufnahme einer Dringlichkeitsvorlage nicht genüge zu schreiben: „Mehrheitlich zugestimmt“. Es müssten exakt die Zahlen des Stimmverhaltens protokolliert werden, eine Zweidrittelmehrheit müsse klar zu erkennen sein. Er bitte, dies künftig zu beachten.

Weitere Anmerkungen zur Niederschrift gab es nicht.

Die Mitglieder des Hauptausschusses **g e n e h m i g t e n** die Niederschrift der 43. öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses am 22.10.2003 in der vorliegenden Form.

In einer kurzen Rede stellte sich Herr **Meyer-Mertel**, Geschäftsführer der Stadtmarketing GmbH, vor.

zu 4 Vorlagen

zu 4.2 Neue Messe Halle-Bruckdorf Etwaige Schaffung weiterer Stellplätze im Umfeld

Vorlage: III/2003/03660

Herr **Heinz**, amtierender Leiter Fachbereich Tiefbau, ging auf die Beratungsergebnisse in den Fachausschüssen ein. Der Planungsausschuss habe eine Ziffer 5 empfohlen:
Die Stadtverwaltung informiert laufend und unaufgefordert im Ausschuss für Wirtschaftsförderung, Beschäftigung und Liegenschaften und im Ausschuss für Planungs- und Umweltangelegenheiten über den Stand der Verhandlungen mit der Messe und über den Stand der Errichtung der Parkplätze.

Der Finanzausschuss habe Ergänzungen in den Ziffern 1, 3 und 4 beschlossen.

Von Herrn Müller und Frau Krischok, beide PDS-Fraktion, wurde bemängelt, dass die Ergänzungen der Fachausschüsse dem Hauptausschuss nicht vorgelegt worden seien.

Herr **Heinz** trug die Ergänzungen aus dem Finanzausschuss vor.

Herr **Müller** äußerte die Meinung, der empfohlene Punkt 5 sollte in den Beschlussvorschlag aufgenommen werden, lediglich das Wort „laufend“ sollte gestrichen werden.

Frau **Wolff**, HAL-Fraktion, erklärte, sie lehne Punkt 5 ab. Es sollte eine getrennte Abstimmung zu den Empfehlungen der Ausschüsse geben.

Herr **Doege**, Beigeordneter für Ordnung, Sicherheit und Umwelt, schlug als Kompromiss vor, im Protokoll festzuhalten, dass die Verwaltung im Sinne des Punktes 5 berichten werde, wenn es einen berichtenswerten Zwischenstand gebe.

Zu dieser Verfahrensweise gab es Einverständnis.

Abstimmungsergebnis zur Vorlage:
(Empfehlung des Finanzausschusses)

**bei 1 Nein-Stimme
1 Enthaltung**

mehrheitlich z u g e s t i m m t

Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Stadtrat zu beschließen:

1. Prioritätenbeschluss

Der Stadtrat beschließt, die gemäß Beschluss-Nr. III/2003/02983 vom 26.03.2003 geplanten Investitionsmaßnahmen für die Jahre 2003 und 2004 zur Erschließung des Messestandortes mit höchster Priorität in den genannten Jahren einzuordnen und umzusetzen.

2. Beschluss zum Eigenmitteleinsatz

Sollte es gelingen, durch die Ansiedlung eines weiteren, von der Messegesellschaft vermittelten Investors GA-Fördermittel für die Herstellung der Planstraße A und der Alwinenstraße zu gewinnen, so wird die Stadt die dadurch ersparten Eigenmittel zur Schaffung weiterer Parkplätze im Umfeld der Messe einsetzen.

3. Variantenbeschluss für weitere Stellplätze

Unter dem Vorbehalt einer GA-Förderung im Sinne der Ziff. 2 ergeben sich folgende Varianten:

A Lage:	nordwestlich vom Messegelände
Qualität:	Schotterrassen
Anzahl:	max. 900 Stellplätze im Falle einer optimalen GA-Förderquote
Gestehungskosten:	rd. 600 TEUR
B Lage:	südwestlich vom Messegelände
Qualität:	Pflaster/Rasengitter/Beleuchtung etc.
Anzahl:	max. 300 Stellplätze im Falle einer optimalen GA-Förderquote
Gestehungskosten:	rd. 780 TEUR

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die Variante A umzusetzen.

4. Beschluss zur Baudurchführung

Unter dem Vorbehalt einer tatsächlichen GA-Förderung im Sinne der Ziffer 2. erteilt der Stadtrat der Stadtverwaltung den Verhandlungsauftrag, mit der Messegesellschaft einen Kaufvertrag vorzubereiten, wonach die Stadt die in Ziffer 3 dargestellte Parkplatzanlage von der diese errichtenden Messegesellschaft aufkauft, *dieser Kaufvertrag ist dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorzulegen.* Die in Ziffer 3 genannten Investitionssummen sind als Festpreis Vertragsinhalt.

zu 5 **Anfragen von Stadträten**

Frau **Krischok**, PDS-Fraktion, erinnerte an eine seit Monaten offenstehende Frage zum Stand ehemaliges Reichsbahngelände am Ernst-Kamieth-Platz.

Frau **Ruhl-Herpertz**, Referentin der Oberbürgermeisterin, informierte zu einem diesbezüglichen Schreiben, in dem mitgeteilt werde, dass das Gebäude an die Bahn übertragen werden soll, aber von dieser nicht allein genutzt werden solle. Deshalb werde überlegt, das Landesverwaltungsamt dort mit aufzunehmen. Sie sagte eine schriftliche Information zu.

Herr **Doege**, Beigeordneter für Ordnung, Sicherheit und Umwelt, äußerte die Verwaltungsmeinung in dieser Angelegenheit.

Herr **Bönisch**, CDU-Fraktion, nahm Bezug auf die finanziellen Zusagen der Oberbürgermeisterin in dieser Angelegenheit.

Herr **Doege** stellte fest, die damalige Zusage sei unter dem Aspekt gegeben worden, dass die Bahn AG dieses Gebäude ausschließlich für ihre Zwecke nutze und die Stadt, interessiert am Standort Halle, in eine Sanierungsverpflichtung mit einsteige. Im Moment sähe er die Stadt nicht mehr in der Pflicht.

Herr **Dr. Meerheim**, PDS-Fraktion, fragte, wie mit der zugesagten Summe von 2 Mio. € umgegangen werde.

Herr **Funke** sagte eine Prüfung zu.

Weitere Anfragen wurden nicht gestellt.

zu 6 **Mitteilungen**

zu 6.1 **Stellenausschreibung des Beigeordneten für den Geschäftsbereich Planen, Bauen und Straßenverkehr**

Vorlage: III/2003/03769

Zu 6.2 **Haupterschließungsstraße Gewerbegebiete Halle - Ost (HES) 2. Abschnitt Überplanmäßige Ausgaben bei der Baumaßnahme - Vorlage III/2003/03670**

Vorlage: III/2003/03782

Bearbeitung von Anfragen

Akteneinsicht

Wortprotokoll:

Zu 6.1.

Herr **Funke** gab Erläuterungen zur Informationsvorlage.

Herr **Prof. Schuh**, UB-Fraktion, fragte sich, angesichts der Erfahrungen mit dieser Stelle, ob es sinnvoll sei, die Besetzung dieser Stelle einer Ausschreibung zu überlassen. Sollte nicht möglicherweise begleitend ein „Headhunter“ bemüht werden?

Herr **Koehn**, SPD-Fraktion, unterstrich diese Ansicht.

Herr **Bönisch**, CDU-Fraktion, verwies auf ein Verfahren in einer anderen großen Stadt, bei der in Gremium aus verschiedenen Städten sich bereit finde, Kandidaten vorzuschlagen und zu beurteilen.

Herr **Godenrath**, CDU-Fraktion, äußerte seine Zweifel zur Bewerbungsfrist; sie sei zu kurz. Er regte an, über eine Frist bis zum 31.01.2004 nachzudenken.

Herr **Müller**, PDS-Fraktion, sprach sich ebenfalls für externe Hilfe bei der Auswahl von Bewerbern aus.

Herr **Funke** stellte die allgemeine Zustimmung der Mitglieder des Hauptausschusses für eine Verlängerung der Bewerbungsfrist bis 31.01.2004 fest.

Zu 6.2.

Herr **Heinz**, amtierender Leiter Tiefbauamt, erläuterte die Information.

Bis spätestens 20.11.2003 benötige man eine Entscheidung, um die EFRE-Mittel abrufen zu können. Die Verwaltung strebe deshalb eine Eilentscheidung für diesen Anteil an und werde gemäß Eilvorlage die entsprechenden Gremien informieren. Zu dem Rest des Geldes – rund 900 T€ - verbliebe es beim Alten.

Frau **Wolff**, HAL-Fraktion, meinte, bei derartigen Programmen sei es ziemlich klar, wann ein Bericht erstattet werden müsse. Sie könne nicht verstehen, warum dieses so kurzfristig in den Stadtrat komme.

Frau **Ströhl**, Mitarbeiterin im Tiefbauamt, gab detaillierte Erläuterungen.

Herr **Heinz** stellte klar, es handle sich um eine Baumaßnahme mit etlichen Nachträgen, auch deswegen, weil die Maßnahme im Laufe der Zeit eng kalkuliert worden seien. Die Nachträge seien vor Ort veranlasst worden, weil es ansonsten jeweils einen Baustopp gegeben hätte.

Herr **Sänger**, CDU-Fraktion, empfahl der Vorgehensweise heute zuzustimmen.

Herr **Funke** stellte Einvernehmen in der Runde des Hauptausschusses fest, dass die Verwaltung mit einer Eilentscheidung arbeiten könne.

Zum Akteneinsichtsrecht

Herr **Borries**, Leiter Fachbereich Recht, erklärte, bisher habe man eine Verfahrensweise gewählt, die versucht habe, das Akteneinsichtsrecht unbürokratisch zu gestalten. Die verabredete Verfahrensweise sei die gewesen, dass eine Fraktion einen Antrag auf Akteneinsicht gestellt habe. Auf den dann eigentlich erforderlichen Stadtratsbeschluss sei verzichtet worden und im nächsten Stadtrat verkündet worden, dass ein Antrag auf Akteneinsicht gestellt worden sei und die anderen Fraktionen hatten die Möglichkeit, sich diesem Antrag anzuschließen und dann mit der Verwaltung die Akteneinsicht zu vereinbaren.

Aus Rechtssicherheitsgründen sei die Verwaltung nunmehr der Auffassung, dass es zukünftig so gehalten werden soll, dass der Stadtrat über die Akteneinsicht beschließe.

Mitglieder des Hauptausschusses diskutierten diese vorgeschlagene Handlungsweise.

Herr **Sänger**, CDU-Fraktion, schlug vor, diese Mitteilung zur Kenntnis zu nehmen und in den Fraktionen zu beraten.

Herr **Funke** fasste zusammen, die Verwaltung werde den Fraktionen eine Vorlage zur Kenntnis geben, über die gegebenenfalls abgestimmt werden könne.

Zur Bearbeitung von Anfragen

Herr **Bönisch**, Vorsitzender des Stadtrates, erläuterte den Anlass dieser Mitteilung – der Umgang mit einer Anfrage von Herrn Stadtrat Heft.

Herr **Borries** trug die Rechtsmeinung der Verwaltung vor.

Nach kurzer Debatte einigte sich der Hauptausschuss auf folgende Verfahrensweise: Die Verwaltung gibt eine Zusammenfassung ihrer Rechtsmeinung (erläutert an Beispielen) den Fraktionen schriftlich zur Kenntnis.

Weitere Mitteilungen

Frau **Prof. Vent**, HAL-Fraktion, informierte zum Verlauf der heutigen Sitzung des Gestaltungsbeirates. Dort sei kontrovers zum Entwurf Neubau TGZ III diskutiert worden. Sie regte an, die Verwaltung möge gemäß des diesbezüglichen Stadtratsbeschlusses handeln.

Herr **Funke** antwortete, der Verwaltung sei das Problem bekannt. Es würden entsprechende Gespräche geführt.

Weitere Mitteilungen wurden nicht abgegeben.

Die 44. öffentliche Sitzung des Hauptausschusses wurde beendet.

i.V. Funke
Beigeordneter Zentraler Service

Kraft
Protokollführerin

Protokollantin: Panian